

## Besser als Macbeth

Von Heinrich Maetzke

**William Shakespeare hätte seine helle Freude:** Im Vergleich zu dem, was sich derzeit im Londoner Regierungsviertel abspielt, ist selbst sein blutiges Königsmord-Drama Macbeth nur ein müdes Märchen.

Nach dem Totaldebakel bei Kommunal- und Europawahlen und nach einer kraftlosen Kabinettsumbildung ist Premierminister Brown nur noch eine wandelnde Leiche, mehrfach getroffen, aber noch nicht ganz tot. Und es geht weiter: Im andauernden Spesen-skandal wird er weitere Schläge einstecken. Seine Labour-Partei ist bis zur Unkenntlichkeit dezimiert und rast auf den Abgrund zu: Bei der nächsten Parlamentswahl, spätestens Juni 2010, droht ihr eine epische Katastrophe.

Trotzdem macht Brown weiter, wie Macbeth: „Ich steck so tief im Blut, dass, sollte ich nicht wei-



W. Shakespeare

ter waten, der Rückweg ebenso ermüdend wäre“. Browns Partei findet nicht die Kraft zur Trennung vom todgeweihten Premier. Dabei ist klar, dass er Labour nicht in den Wahlkampf führen kann. Das Land will und braucht

Neuwahl und Neuanfang. Aber Labour ist das egal. Wie ein zum Tode Verurteilter kennt die Fraktion nur noch ein Ziel: den Hinrichtungstermin aufschieben – und sich noch ein Jahr lang Diäten und Spesen sichern.

Das wird sich rächen. Die britischen Wähler schäumen ohnehin vor Wut über ihre Volksvertreter. Wenn nun die Labour-Abgeordneten mitten in der Krise materielle Eigeninteressen so sichtbar über das Wohl des Landes stellen, wird für Gordon Brown und seine Partei am nächsten Wahlabend kein Stein auf dem anderen bleiben.

## Zurück in der Erfolgsspur

Von Peter Hausmann

**Es war ein Arbeitssieg,** würde man in der Sprache der Fußballer sagen. Das Ergebnis der Europawahl vom vergangenen Sonntag war für die CSU ein solcher Arbeitssieg im Wortsinn. Nur durch den Einsatz aller Kräfte gelang es, wieder in die Erfolgsspur zu kommen. Das Resultat zeigt: Die CSU darf sich getrost weiterhin die einzige Volkspartei Deutschlands nennen. Sie hat in den Monaten seit der Landtagswahl die richtigen Schlüsse aus der Lektion gezogen, die ihnen die Wählerinnen und Wähler erteilt hatten.

Ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen, Fleiß und Bodenhaftung waren die Erfolgsfaktoren. Dazu kam ein Teamegeist, der ein großartiges Miteinander aller in der CSU bewirkte. Das hat die CSU wieder zu einer Kampfgemeinschaft werden lassen, die in der Lage ist, weit über Bayern hinaus Politik in die richtige Richtung zu bewegen. Die Wählerinnen und Wähler haben die CSU dafür belohnt. Das ist ein Grund zur Freude, aber kein

Grund zur Selbstzufriedenheit oder gar zum Abheben.

Auch wenn das Ergebnis der Europawahl den bürgerlichen Kräften einen satten Vorsprung vor dem linken Lager aus Rot-Rot-Grün bescherte, ist das Ringen um die Zukunft in unserem Land noch nicht entschieden. Die Parteienlandschaft ist nach

„Ein Grund zur Freude, aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit oder gar zum Abheben“

wie vor kräftig in Bewegung.

Das fortschreitende Siechtum der SPD bringt Bewegung in das linke Spektrum. Die Wählerinnen und Wähler haben den Genossen mit ihrem Votum den kalten Hauch der Niederlage ins Gesicht wehen lassen und den Anspruch auf die Kanzlerschaft minimiert. Das ist die Quittung für Unglaubwürdigkeit und Negativ-Kampagnen. Der SPD sind die Wähler aber auch wegen des nach wie vor offenen schwellenden Richtungsstreits

abhanden gekommen. Seit die SPD-Führung zulässt, dass gestandene Sozialdemokraten wie Wolfgang Clement aus ihren Reihen gedrängt werden, regiert der Genosse Frust in weiten Teilen der Anhängerschaft.

Die Augenhöhe zur Union ist verloren gegangen. CDU und CSU sehen sich daher immer stärker im politischen Wettbewerb mit den Grünen – vor allem in den Großstädten.

Marketing-Experten hatten schon vor geraumer Zeit so genannte Lohas ausgemacht. Das ist eine immer größer werdende Gruppe von Menschen, die sich dem Prinzip des gesunden und nachhaltigen Lebens verschrieben haben und politisch zu Grün tendieren – neudeutsch: **Life of health and sustainability**, kurz Lohas. Im Grunde genommen ist ihre Maxime ein konservativer Denkansatz, den die CSU schon unter der Überschrift „Schöpfung bewahren“ in ihren Grundsatzprogrammen formulierte, als es die Grünen noch nicht gab. Es ist an der Zeit, daran zu erinnern.

### DER STANDPUNKT



Alexander Dobrindt,  
Generalsekretär der CSU

**Die CSU ist wieder da!** Wir haben gezeigt, dass wir mit unseren Themen die Menschen überzeugen und starke Wahlergebnisse einfahren können. Fast jede fünfte Stimme für die Union hat die CSU in Bayern beigetragen. Das wird sich in der politischen Aufstellung von CDU und CSU für die Bundestagswahl niederschlagen. Im gemeinsamen Wahlprogramm werden wir unsere Antworten auf die Krise und für die weitere Zukunft unseres Landes formulieren.

Dazu gehört ein klares Bekenntnis zu Steuersenkungen: Die Menschen brauchen wieder mehr finanzielle Spielräume. Nur so wird es gelingen, die Krise und ihre Folgen zu bewältigen. Auch die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft werden wir zur Geltung bringen – gerade auch bei Notleidenden Unternehmen wie Opel oder Arcandor. Politik muss dabei einem Dreiklang der Verantwortung folgen: Wir setzen uns für Arbeitsplätze ein, wir unterstützen tragfähige Zukunftskonzepte und wir gehen sorgfältig mit Steuergeldern um.

Die Menschen haben gemerkt, dass publikumswirksame Rettungsaktionen wie von Schröder bei Holzmann auf den Holzweg führen. Das Ergebnis der Europawahl zeigt, dass die Menschen stattdessen eine verantwortungsvolle Politik wollen. Die CSU wird diese Verantwortung wahrnehmen.

## Insolvenz als Neubeginn

Von Fritz David

**Jetzt ist es amtlich.** Arcandor geht in die Insolvenz. Vielleicht wird jetzt denen ein ökonomisches Licht aufgehen, die Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg attackierten, als er statt millionenschwerer Staatshilfen eine Insolvenz für Opel vorschlug. Insolvenz ist kein Schreckgespenst und der Vorschlag kein „dummes Gerede“. Das Verfahren war schon für viele Unternehmen ein Neubeginn.

Insolvenz bedeutet nicht das Ende. Deshalb werden jetzt bei Karstadt nicht die Rollos heruntergelassen. Es gibt Interessenten, für die eine Übernahme von Warenhäusern oder des Versandhandels noch in-

teressanter geworden ist. Das bedeutet, es werden auch nicht alle Arbeitsplätze bei Karstadt/Quelle verloren gehen. Die Pose der selbst ernannten Arbeiterführer, die den verängstigten Mitarbeitern suggerierten, alle Arbeitsplätze seien sicher, wenn der Staat nur genügend Geld zuschieße, war ohnehin nur verlogen.

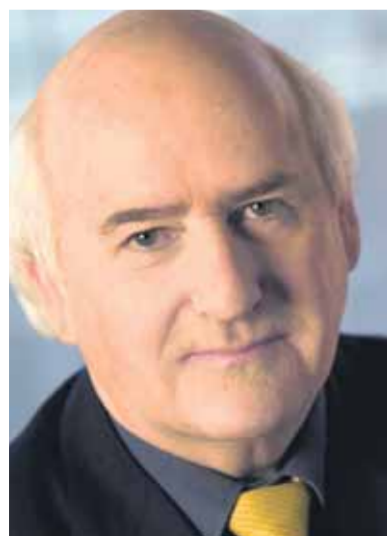
Jetzt bleibt genügend Zeit zur Rettung von Arbeitsplätzen. Und es bleibt genügend Zeit, um zu klären, wieso es zu dieser Schiefelage kommen konnte. Die Behauptung, die Finanzkrise habe Arcandor zu Fall gebracht, wird nämlich auch durch Wiederholung nicht richtig.



Steinmeiers Sternstunde.

Zeichnung: Tomicek

### ZU GAST IM BAYERNKURIER



**Werner Weidenfeld ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (C.A.P.) am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.**

Bild: dpa

## Das Europa der zweiten Wahl

Das EU-Parlament wird immer wichtiger und interessiert immer weniger – Von Werner Weidenfeld

**Wahlen zum Europäischen Parlament** sind nationale Nebenwahlen. Besser als mit dem jüngsten Urnengang hätte diese alte Weisheit keine Bestätigung finden können. Gleich reihenweise strafen die europäischen Bürger ihre nationalstaatlichen Regierungen ab. Irland, Malta, Griechenland oder Deutschland sind nur vier Beispiele von Denkmahlwahlen für die regierenden Parteien. Das Thema Europa bewegte dabei nur die Wenigsten.

Europa ist den Menschen fern, der eigene Nationalstaat dagegen immer näher. Was sich seit Jahren in Umfragen abzeichnet, findet nun auch im Wahlverhalten Ausdruck. Europakritische bis europafeindliche Stimmen erlebten vielerorts ebenso einen Aufschwung wie rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien. Die Niederlande, Ungarn oder Österreich sind hierfür prominente Beispiele. Eine solche Rückkehr der Intoleranz auf die Bühne europäischer Politik aber trifft die

Staatengemeinschaft ins Mark, indem sie offenbart, dass selbst die viel beschworene Wertegemeinschaft Europa labil ist.

Entgegen mancher Prognosen waren es nicht die konservativen Parteien Europas, die Stimmen einbüßten. Ihre Mandatszahl blieb praktisch unverändert. Der große Verlierer dieser Wahl sind stattdessen die sozialdemokratischen Parteien Europas, die künftig fast 20 Prozent weniger Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden. Dieses Ergebnis zu interpretieren, fällt schwer, da sich unter dem Dach von EVP-ED und SPE keinesfalls programmatisch einheitliche Parteien versammeln. Dennoch ist dieses Ergebnis bemerkenswert, da es zeigt, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in einer reflexartigen Suchbewegung hin zu mehr sozialer Sicherheit mündet. Wie in Deutschland hat auch in anderen europäischen Staaten der sozialdemokratische Ruf nach mehr sozialen

Sicherungssystemen keinen Nachhall gezeitigt. Vielmehr setzen die Menschen ihr Vertrauen in eine verlässliche Wirtschaftspolitik, die den Weg aus der Krise ebnen soll.

Doch auch wenn die Konservativen weiter stärkste Kraft im EU-Parlament sind: Als Sieger dieser Wahl dürfen auch sie sich nicht fühlen. Die Wahlbeteiligung ging abermals europaweit zurück, der Minus-Rekord von 2004 (45,5 Prozent) wurde abermals gebrochen (42,9 Prozent).

Die europäische Schiefelage – ein immer wichtiger werdendes Parlament bei gleichzeitig immer geringerer demokratischer Legitimation – nimmt mehr und mehr dramatische Ausmaße an. Wundern jedoch darf dies niemanden. Wieder einmal haben Politiker wie Medien die Chance versäumt, Europa den Menschen zu erklären. Der Mythos des machtlosen Parlaments lebt unvermindert fort.